

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“
Famspnecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Allenfeld-Stadt. Allgemeines Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht-Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennige, die Reklameweile 25 Goldpfennige. Entschieden der Zeitung infolge höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 288.

Allenfeld, Samstag den 8. Dezember.

Jahrgang 1923

Zur Lage.

Kaum eine Woche ist das neue Reichsstatuett des Zentrumsführers Dr. Marx im Amt, und da steht es heute schon mitten im Streit- und Zielpunkt der Parteipolitik. Ja, am heutigen Samstag wird sich mit dem im Reichstag nachmittags 2 Uhr stattfindenden Abstimmung über das neue Ermächtigungsgesetz die Entscheidung über das Kabinett und die deutsche Politik der nächsten Zeit vollziehen. Eine Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes bedeutet Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Es sollte ein Kabinett der Beruhigung werden, was Senatpräsident Dr. Marx aus der lediglich umgeänderten Stresemann-Regierung schuf. In Wirklichkeit war es eine Verlegenheitslösung. Neue Männer sind darin nur der bayerische Demokrat Hamm als Wirtschaftsinhaber und der bayerische Volksparteiler (Ztr.) Emminger als Reichsjustizminister, beide mit der offensiblen Absicht berufen, um in dem Streit zwischen Bayern und dem Reich neue Brücken zu schlagen und den Ausgleich einzuleiten. Dem Kanzler Marx wird ob seiner Sachlichkeit und Zurückhaltung bei allen Parteien volles Verständnis und respektvolle Achtung entgegengebracht. Von seinen übrigen Mitarbeitern sind als besonders markante Persönlichkeiten Stresemann als Außenminister und Dr. Brügel als Finanzminister noch hervorzuheben. Die Ergänzung des neuen Reichskabinetts im Reichstag am 4. Dez. brachte allerdings nichts Neues. Es ist das Programm des vorhergehenden Kabinetts in der gesamten Außen- und Innenpolitik. Die Rede des Kanzlers beanstandete nicht einmal die Zeit einer halben Stunde und doch erschöpfte sie das, was zu sagen ist. Marx hat selbst erklärt, daß zu großen Reden keine Zeit sei, und er hat damit die Stimmung des gesamten Volkes getroffen. Aber durch die politische Aussprache im Reichstag wurde sofort wieder die Beunruhigung in unserer Innenpolitik eingeschaltet, denn es galt der neuen Regierung das notwendige Vertrauen durch die Annahme eines neuen Ermächtigungsgesetzes zu geben. Das erste Ermächtigungsgesetz war nach dem Rücktritt Stresemanns erloschen, und nun sollte die Regierung Marx zu Maßnahmen befugt werden, die die Not in Volk und Reich als dringlich erscheinen lassen. Die Mittelparteien (D.D.P., Ztr. und D.Vp.) stimmten zu, die Sozialdemokraten wurden durch ein Kompromiß gewonnen, wonach in das Gesetz ein Absatz eingefügt wird, daß die Reichsregierung vor Erlass ihrer Anordnungen einen aus 15 Abgeordneten bestehenden Ausschuss des Reichstags zu hören hat. Diese Vereinbarung wurde von der Opposition der Deutschnationalen und Deutschösterreichischen dazu benutzt, um der neuen Regierung die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie vorzuwerfen und das Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Auch die Kommunisten stimmten dagegen und brachten ein Mißtrauensvotum ein. Da aber zur Annahme des Gesetzes eine Zweidrittelmehrheit (307 Abgeordnete) erforderlich sind, der linke Flügel der Sozialdemokratie aber gleichfalls eine Zustimmung ablehnte und zahlreiche Abgeordnete der zustimmenden Regierungsparteien fehlten, mußte die Schlusßabstimmung über das Ermächtigungsgesetz auf Samstag verschoben werden. Wäre diese am Donnerstag vorgenommen worden, so hätten wir heute die Auflösung des Reichstags, wozu der neue Kanzler die Vollmacht des Reichspräsidenten in der Tasche hat. Es war also das gleiche Spiel wie vor vier Wochen beim ersten Ermächtigungsgesetz. Es besteht jetzt die Hoffnung, daß bis heute mittag jowiel Abgeordnete herbeigeholt werden, daß das Gesetz mit 2/3 Mehrheit angenommen wird. Daß es bei dieser neuen verhängten Entscheidung böse politische Kampfreden im Reichstag abgibt, ist zu verstehen. Denn es ist an und für sich schon eine üble Sache, wenn man wegen der Saumlässigkeit von Volksvertretern Entscheidungen weittragender Art vertagen muß. Und nach diesen neuerlichen Vorgängen ist es zu verstehen, wenn das deutsche Volk diesen Reichstag genug hat. Wenn man für die ganzen Vorgänge die Taktik und Politik der Deutschnationalen, die nicht einmal 1/3 aller Abgeordnetenstärke innehaben, verantwortlich macht, so ist das eine Verschiebung der Tatsachen. Eine Regierung hat stets mit der Opposition als Gegenpart zu rechnen, und der deutschnationalen Führer Dergt er Härte am Mittwoch im Reichstag, daß die Rechte das Ermächtigungsgesetz ablehne und kein Vertrauen zum Kabinett Marx habe. Wer also nichts gelernt hat aus den

vollstündigen Vorgängen, das waren die Parteien, die die Regierung zu hängen beabsichtigten. Sie brachten ihre Parte nicht zusammen, ein Beweis, daß durch die Parteien und den Parlamentarismus eben ein Miß geht, der nicht verliert werden kann. So sind an dem widerlichen Parteitakt und Parteitaktspiel nicht einzelne Parteien die Schuldigen, sondern die Volksvertretung als Ganzes. Darum ist notwendig, daß ein neuer Reichstag gewählt wird. Die Rücksichtnahme auf Rheinland und Ruhrgebiet und auf die dort bevorstehenden Entscheidungen kann auch zu weit gehen. Rhein und Ruhr sind, wie die „Köln. Volksztg.“ behauptet, gar keine Fragen Deutschlands, sondern eine französische Machtfrage. Damit ist Klipp und klar gesagt, daß das ohnmächtige Deutschland heute dort nichts mehr zu entscheiden hat. Frankreich wird an Rhein und Ruhr die Grundlagen für einen kommenden Frieden oder einen drohenden Krieg schaffen.

Ueber Rhein und Ruhr schweben noch immer Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Parteivertretern. Es hat sich bereits so ein kleines Rheinlandparlament mit 60 Vertretern und einem Ausschuss herausgebildet. Finanz- und Verwaltungstragen stehen im Vordergrund des Interesses. Der preussische Ministerpräsident Braun erklärte im preuss. Landtag feierlich, daß Preußen niemals einer Abtrennung dieser Gebiete oder einer Verringerung der Hoheitsrechte zustimmen werde. Auch die Reichsregierung aus Kund, daß sie eine Lösung nur im Rahmen der Verfassung suche. Im übrigen ist durch Abmachungen die ganze Schwerindustrie des Ruhrlands den französisch-belgischen Besatzungsbehörden unterstellt. Die Aufnahme zur Arbeit in den Betrieben ist eingestellt, allerdings bei 10stündiger Schichtzeit. Die Zahl der Arbeitslosen geht stark zurück. Die Fabriken haben noch erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden bis die Arbeit in Gang kommt. Erfreulich bleibt, daß die Leistung einer Ueberstunde zur Hebung der Kohlenförderung bei den Bergarbeitern willige Aufnahme gefunden hat. Arbeitszeitverlängerung steht auch für die Beamten bevor und die ganze Wirtschaft wird dann nachfolgen. So hat die Not der Zeit die Schranken des schematischen Achtstundentags abgerissen.

In der Reparationsfrage entstand durch die englischen Wahlen neue Verzögerung, obwohl die Reparationskommission die Einlegung zweier Sachverständigenauschüsse zur Prüfung der deutschen Finanzen und der deutschen Kapitalflucht beschloffen hat. Der Streit der Diplomaten geht noch um die Beteiligung Amerikas, das grundsätzlich bereit ist, wenn Poincare seine politischen Ziele und Einschätzungen aufgibt. Die Wolschaft des Präsidenten Coolidge an den amerikanischen Senat löst nicht allzu große Hoffnung, obwohl es dort heißt: Wir geben zu, daß wir verpflichtet sind, den anderen zu helfen. Aber in der auswärtigen Politik stelle Coolidge den amerikanischen Grundgedanken voran: Wir bejassen uns nur mit unseren eigenen Angelegenheiten. Poincare aber macht es den anderen leicht, mit ihm zusammenzugehen, er will die französische Besatzung an der Ruhr „unsichtbar“ machen! Also überall schließlich trotz Gegensätzlichkeiten ein Zusammengehen, nur in Deutschland nicht.

Wie ganz anders Frankreich! Poincare holt immer wieder in der französischen Kammer Vertrauensabstimmungen, obwohl kürzlich die Wahlrechtsvorlage der Regierung verworfen wurde. Sogar die Sozialistisch-radikale Partei stimmte für Poincare. Alles der Erfolg der französischen Außenpolitik! Daneben das häßliche Parteitaktspiel in Deutschland, die ewige Regierungskrise in Reich und Ländern, jetzt auch in Bayern.

Und England. Der Wahlkampf ist vorüber; er ging nicht etwa um außenpolitische Fragen, sondern um rein innenpolitische Maßnahmen, um die Barren Schutzzoll oder Freihandel. Das hervorragendste Merkmal war die Einigung der beiden liberalen Parteien. Was jetzt scheint es, daß ihnen der Wahlsieg zu teil wird. Das würde eine Hoffnung für Deutschland bedeuten.

Neues vom Tage.

Wolfschaft des Präsidenten Coolidge.

Washington, 7. Dez. Präsident Coolidge hat im Senat seine Wolfschaft verlesen. Im wesentlichen sagte er: Unser Land hält in seiner auswärtigen Politik für den Augenblick ein grundlegendes Prinzip aufrecht, nämlich einen amerikanischen Grundfatz. Wir bejassen uns nur mit unseren eigenen Auswärtigen. Wir

geben zu, daß wir verpflichtet sind, den anderen zu helfen, wobei wir den Zeitpunkt und die dabei einzuschlagende Weise unserem eigenen Ermessen überlassen. Wir begreifen, daß ein gemeinsames Band die Menschheit verknüpft und es ein Gesetz der Gemeinsamkeit gibt. Zum Völkerbund erklärte Coolidge, daß für Amerika kein Grund bestehe, seine Handlungsfreiheit durch den Beitritt zu einer Körperschaft, die ohne Zweifel Dienste erweisen könne, zu beschränken. Unsere auswärtige Politik war stets von zwei Grundgedanken geleitet. Der eine bestand darin, den ständigen Bündnissen aus dem Wege zu gehen, da ihnen unsere nationale Unabhängigkeit zum Opfer fallen könnte. Der andere Gedanke bestand in der friedlichen Lösung der Auseinandersetzungen zwischen den Nationen. Während 25 Jahren waren wir Mitglied des Haager Gerichtshofes. Wir haben versucht, die Schaffung eines ständigen Weltgerichtshofes zu verwirklichen. In der Gründung eines solchen Schiedsgerichtshofes, der die ganze Welt umfaßt, günstig gegenüber. Von der Vorlage über den Beitritt Amerikas zum internationalen Schiedsgerichtshof sagte Coolidge, er empfehle sie der wohlwollenden Prüfung des Senats und gleichzeitig auch die Prüfung des Entwurfs, der deutlich die Weigerung Amerikas, in den Völkerbund einzutreten, zum Ausdruck bringe. Ueber Rußland sagte Coolidge, daß Amerika nicht die Beziehungen mit einer Regierung aufnehmen werde, die die internationalen Abmachungen nicht beachte. In der Schuldfrage äußerte der Präsident aus, daß die laufenden Schulden des Auslandes an Amerika, ausgenommen die Schulden Englands, die sich auf 4000 Millionen Dollars belaufen, 7000 Millionen Dollars betragen. Der Präsident ist einer Streichung dieser Schulden abgeneigt. In dessen erhebt er keine Einwendung dagegen, daß die Zahlungen nach dem Vorbild der englisch-amerikanischen Schuldenregelung geschehen. Amerika möchte nicht, so fügte er hinzu, die Rolle eines aufdringlichen Gläubigers spielen. Die internationale Rechtsschaffenheit und Ehre verlangten aber, daß diese Schulden bezahlt werden.

Amerika dem deutschen Anleiheplan gewogen.

London, 7. Dez. Die „Times“ meldet aus Washington, daß nach Auskunft des Staatsdepartements Deutschland die Absicht habe, von der Reparationskommission die Freigabe einer Priorität von 70 Millionen zu erwirken, die von Deutschland als auswärtige Anleihe aufgenommen werden sollen. Auf dem amerikanischen Markt soll nur die Hälfte dieser Summe aufgenommen werden. Von der amerikanischen Regierungstelle, die diese Mitteilung an die Presse verbreitete, soll der „Times“ zufolge gleichzeitig erklärt worden sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Gedanken der Anleihe und das obengenannte Verlangen Deutschlands sehr begünstige.

Die Wahlen in England.

London, 7. Dez. Soweit nach den bisher vorliegenden Ergebnissen geurteilt werden kann, haben die Liberalen und die Arbeiterpartei auf Kosten der Regierungspartei einen Erfolg davongetragen. Die Liberalen haben in Nordengland gesiegt. Die letzten Wahlergebnisse geben folgendes Bild: Konservativ 97, Liberal 56, Arbeiterpartei 61, andere Parteien 4. In London wurden gewählt: 48 Konservativ, 24 Liberal und 12 Arbeiterabgeordnete, sowie ein Unabhängiger. Da aber 564 Abgeordnete zu wählen sind, bleibt das Gesamtergebnis abzuwarten.

Vertrauensabstimmung für Poincare.

Paris, 7. Dez. Die französische Kammer hat die Aussprache über die Wahlreform eröffnet. Der sozialdemokratische Führer Blum forderte im Namen seiner Partei mit äußerstem Nachdruck die Wieder Einführung des Bezirkswahlrechts, wie es vor den letzten Wahlen in Kraft war. Der Führer der Radikalen, Derriot, der eine unentschiedene Haltung zeigte, schloß sich teilweise den Ausführungen Blums an, stellte sich aber bei der Abstimmung dann doch auf die Seite der Regierung. An der Erörterung beteiligte sich Ministerpräsident Poincare lebhaft und stellte schließlich auch die Vertrauensfrage. 408 Abgeordnete, darunter die Sozialistisch-Radikalen, stimmten für die Regierung, 127 dagegen. Das seit 1919 geltende Wahlrecht wird also bestehen bleiben.

Zur Auflösungsfrage.

Paris, 7. Dez. Ueber die Gründe, die die Regierung veranlaßt haben, in die Vertagung der Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz bis zum Samstag einzudringen und die Auflösung des Reichstags in diesem Augenblick noch nicht vorzunehmen, erfährt die T.M. folgendes von ausländischer Stelle:



Wochens der hiesigen Wochenszeit. Die die Übernahme Finanzeller, wirtschaftlicher und Verwaltungsmaßnahmen bedingt. Maßnahmen, die an Schärfe kaum zu überbieten und auch außerordentlich sind, hat der Reichspräsident den Gedanken der Auflösung erwidert und die Aufzählungsurkunde dem Reichsminister in die Hand gegeben. Der Reichspräsident hat sich jedoch nach Erwägung aller Umstände entschlossen, nach einem in die Vertagung des Reichstages einzubilligen. Darin liegt keine Schwäche der Regierung. Diese ist vielmehr entschlossen, an dem festzuhaltenden, was sie für recht hält und wird angesichts der Notlage des Volkes bis zum Neuenjahr gehen. Aber in der gegenwärtigen Zeit wäre nach ihrer Auffassung die Auflösung des Reichstages ein schwerer Schlag gegen das deutsche Volk und Vaterland. Sie teilt nicht den Standpunkt der Deutschnationalen, die aus der geänderten Verfassung gegenüber den Parteien durch Neuwahlen eine Besserung der politischen Verhältnisse erhoffen. Die Notwendigkeit der Auflösung würde die Regierung zurzeit für geradezu katastrophal für die besetzten Gebiete halten. Neuwahlen würden zu sehr separatistische Ablösungsbestrebungen mit besonderer Schärfe hervortreten lassen. Gerade die nervöse und elektrisch gespannte Stimmung im besetzten Gebiete könnte die Unruhe, die Neuwahlen nun einmal mit sich bringen, zu unheilvoller Entladung führen. Die Regierung hat in die Vertagung allerdings nur auf zwei Tage gewilligt, um den Versuch zu ermöglichen, den letzten noch fehlenden Abgeordneten zum Erscheinen zu zwingen. Die Regierung ist entschlossen, am Samstag bis zum Neuenjahr zu gehen. Sie wird vor dem letzten Mittel nicht zurückweichen, das ihr die Verfassung in die Hand gibt, wenn der Reichstag das Ermächtigungsgesetz ablehnt.

Das Urteil im Vergoldt-Prozess.
Weinbach, 7. Dez. Die Freitag-Vormittagssitzung wurde mit der Anklage des Staatsanwalts eingeleitet, der betonte, bei dem vorliegenden Fall handle es sich um eine trasse Verletzung der Hoheitsrechte des Deutschen Reichs, die streng geahndet werden müsse. Er beantragte zugleich für den amerikanischen Journalisten Griffis wegen Amtsannahme, Anstiftung zur Körperverletzung, Hausfriedensbruch und Nötigung 3 Jahre Gefängnis, für den französischen Detektiv Sperber ebenfalls 3 Jahre Gefängnis und zwar wegen Amtsannahme, Hausfriedensbruch, verführerischer Nötigung und erschwerter Körperverletzung. Bei dem russischen Fürsten Gagarin beantragte der Staatsanwalt wegen Beihilfe zur Amtsannahme, Beihilfe zum Hausfriedensbruch und Beihilfe zur erschwerter Körperverletzung 1 Jahr Gefängnis und beim amerikanischen Kraftwagenführer Kelson wegen Beihilfe 6 Monate Gefängnis. Die vorhergehende Vernehmung der Angeklagten bestätigte die bereits gemeldeten Vorgänge und brachte nichts Neues.
Am Entführungsprozess wurde folgendes Urteil gefällt: Der französische Detektiv Sperber aus Paris erhält 1 Jahr 6 Monate Gefängnis; der amerikanische Journalist Griffis 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und zwei Billionen Geldstrafe; der russische Fürst Gagarin 8 Monate Gefängnis; der amerikanische Chauffeur Kelson 8 Monate Gefängnis und zwei Billionen Geldstrafe. Die Zeit der Untersuchungshaft wird angerechnet. Kelson auf freien Fuß gesetzt.

Die Strafrechtsgesetzgebung genehmigt.
Berlin, 7. Dez. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich mit dem Antrag des Oberstaatsanwalts auf Genehmigung zur Strafrechtsgesetzgebung des Reichstages durch Abgeordnete von Graefe wegen Hochverrats. Der Ausschuss beschloß, die Genehmigung zur Strafrechtsgesetzgebung zu erteilen.
Verhandlungen über die Rheinlandfrage.
Berlin, 7. Dez. Am Freitag vormittag ist das Reichskabinett mit den Vertretern der Länder und den Vertretern der besetzten Gebiete zu einer gemeinsamen Beratung über die Rheinlandfrage zusammengetreten, die in den Mittagsstunden noch andauerte. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die bereits seit längerer Zeit schwebenden wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Probleme, die sich aus dem Zusammenleben der Bevölkerung des besetzten Gebiets mit den Besatzungsbehörden ergeben. Dabei kommt in erster Linie die sehr schwierige Frage in Betracht, inwiefern der Bevölkerung des besetzten Gebiets ihre gewählten Vertretern eine gewisse Selbstständigkeit in den notwendigen lokalen Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden eingeräumt werden kann; ferner handelt es sich in diesem Zusammenhang um die Kompetenzen des Ober-Ausschusses.

Köbau der Reichszuschüsse.
Berlin, 7. Dez. Im Rahmen der vom Reichsfinanzminister angeführten radikalen Einschränkung aller persönlichen und sachlichen Reichsausgaben wird auch eine für die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden tief einschneidende Kürzung aller Zuschüsse erfolgen, die das Reich bisher diesen gewährt hat. Der dem Reichswirtschaftsminister zur Begutachtung vorliegende Entwurf einer Steuerverordnung enthält eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Bekanntlich werden zurzeit den Ländern und Gemeinden die Ausgaben für die Besoldung der Beamten und Versorgungsberechtigten in Höhe von 75 Prozent der seit 1. Jan. 1921 gemachten Mehraufwendung vom Reich ersetzt. Diese Zuschüsse sollen vom 1. Jan. 1924 ab auf 50, dann auf 25 Prozent herabgesetzt werden. Vom 1. Okt. 1924 ab sollen sie gänzlich wegfallen. Ebenso die Zuschüsse, die auf Grund des § 81 des Finanzausgleichsgesetzes bisher für Wohlfahrts- und Bildungsanstalten, Kunst-, Institute, städtische oder gemeinnützige Theater gewährt wurden. Ueberhaupt werden in erster Linie die kulturellen und sozialen Gebiete betroffen. Das Reichsschulgesetz z. B. ist vorläufig gänzlich bis zur Wiederkehr besserer Zeit zurückgestellt. Dasselbe Schicksal trifft eine Reihe anderer Gesetze, z. B. das Berufslehrgesetz, das Lehrerbildungsgesetz, das neue Reichsbeamten- und das Beamtenvertretungsgesetz. Das Arbeitsgerichtsgesetz ist schon vom Arbeitsministerium zurückgezogen.

Einigung über die Beamtengehälter.
Berlin, 7. Dez. Die Verhandlungen der Regierung mit den Organisationen der Reichs- und Staatsarbeiter über die Goldgehälter haben zu einer Einigung geführt. Die Regierung ist mit ihrem letzten Angebot um 30 Mrk. jährlich über ihre ursprünglichen Vorschläge hinausgegangen. Die Verbände erklärten, daß sie sich den Ausführungen des Vertreters des Reichsfinanzministeriums nicht verschließen könnten und daher mit dem Vorschlag, der den Beamten etwa 70 Prozent des Friedens-Nominal Einkommens bringt, einverstanden seien. Am 10. Dezember erhalten die Beamten zum letztenmal eine Auszahlung auf Grund des bisherigen Wertsicherungsverfahrens, und zwar bekommen sie an diesem Tage als Restzahlung für die erste Hälfte das 200-Millionenfache ihrer bisherigen Grundgehälter, Ortszuschläge und Sonderzuschläge. Die Regierung hat den Wunsch, daß diese Zahlung schon im Laufe dieser Woche geschehen möge, abgelehnt. Am 17. Dezember wird den Beamten unter Anrechnung der am 30. November und 10. Dezember geschehenen Zahlungen der Rest des neuen Goldgehalts für Dezember ausbezahlt.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 8. Dezember 1923.
Zum 2. Advent.
Als ich das Leben allein nicht ertrag,
als ich die Gottheit um Gaben frag,
kam mir auf Ästen das felsame Wort,
das ich nun hege als heiligsten Hort:
Alles ist Gnade, auch einsame Pfade.

R. E. Knobl

In vielen Gegenden Deutschlands wird während der Adventszeit in der Wohnstube ein Kranz aus Tannengrün aufgehängt und ein Licht an ihm aufgesteckt, zu dem mit jedem Abendsonntag ein weiteres kommt, bis das Christfest den vollen Strahlenglanz des Lichterbaumes bringt. Sinnig wird damit veranschaulicht, wie in der Zeit der Sehnsucht ein Licht göttlicher Verheißung nach dem andern für die harrenden Gemeinde aufging, bis mit Christus das Licht der Welt erschienen ist. Auch wir leben in einer Zeit der Sehnsucht. Die Zeit des kalten Verstandes, der den Menschen zur Maschine stampelte und den Marmon auf den Thron erhob, endigt in einem Meer von Blut, Tränen und Klagen, und man schaut aus nach einer Zeit, die aus dem Urmittel des Lebens schöpft, die den Menschen als Mensch würdigt und zur wahren Gemeinschaft führt. Gibt es für dieses Sehnen eine Erfüllung? Ja, jeder Einzelne, jede Familie, jeder Kreis, der vom heiligen Lebensgeist Gottes ergriffen, die verhängnisvollen ausgesetzten Geleise verläßt und den Pfad der Erlösung betritt, den das Evangelium vorzeichnet, wird zum Licht für Mitleidige und Suchende. Ein kleines Lichtlein vielleicht, aber doch eines, das seine Leuchtkraft hat von Christus und eine Verheißung bildet für den erhofften weltumfassenden Christtag. Möchten immer mehr solche Adventslichter ausleuchten inmitten unseres gequälten Volk!

- * **Fahrplanänderung.** Ab Montag, den 10. Dez. treten auf der Bahn Nagold-Altensteig nachstehende Änderungen ein. Zug 4 ab Altensteig bisher 5.50 Uhr, vormittags jetzt 6.15 Uhr. (Werktag) Zug 3 ab Nagold bisher 7.27 vormitt., jetzt 7.52 Uhr, Altensteig an 8.43 Uhr. (Werktag) Auf die Anlässe in Nagold hat die Änderung keinen Einfluß.
- * **Das Postamt zur Einlösung aufgerufen.** Die von der Oberpostdirektion Stuttgart ausgehenden Gutscheine in Stärken von 20, 50, 100 und 500 Milliarden werden zur Einlösung aufgerufen. 3 Monate nach diesem Ausruf erlischt jeder Anspruch aus diesen Gutscheinen.
- * **Preisrückgang im Fleisch.** Wie gestern die hiesigen Metzger bekannt geben, wurde das Fleisch wie nachstehend im Preis herabgesetzt: Rindfleisch 80 Pfennig, Kalbfleisch 95 Pfennig, Schweinefleisch 1,80 Mrk.
- * **Dem Sparen.** In der zurückliegenden Zeit, die gekennzeichnet war durch eine rapide, zulezt rasende Geldentwertung, war die Zurücklegung eines Spargroschens ein notischer Selbstbetrug. Kein Wunder, daß die Sparerbildigkeit so gut wie ganz aufhörte und Alt und Jung sich veranlaßt sah, die momentan übrigen Groschen „werbefähig“ in Sachwerten anzulegen. Diese Zeit scheint nun vorbei zu sein. Das werbefähige Geld läßt sich rasch und vertrauensvoll ein. Es erhebt den Eigentümer der Sorge, wie er es sofort wieder vernutzen soll und gibt ihm Gelegenheit, wieder den früheren Sparsinn zu beibehalten. Dericht sich dieser Sparsinn auf neue Bahnen und vermög sich die Sparlasse des verloren gegangenen Vertrauens wieder zu erwerben, dann ist diese mit Hilfe der ihr zustehenden Mittel auch in der Lage, die Nachfrage nach festmarktblähen und festmarktkrediten zu befriedigen. Damit wäre eine Grundlage geschaffen, die geeignet wäre, einerseits ins Privatleben wieder Stetigkeit zu bringen, andererseits das Wirtschaftslieben zu befeuchten und auf den Füssen zu halten. W.
- * **Calw, 7. Dez.** Da nach einer Verfügung des Ministeriums Erwerbslosenunterstützung nur noch gegen Arbeitsleistung ausbezahlt werden darf, besetzte sich gestern der Gemeinderat mit der Schaffung von Notlandarbeiten. Es wurde beschlossen, einen Holzabfuhrweg im Nübelbachtal mit 800 Meter Länge neu anzuführen zu lassen; an Prämien werden 5 Prozent der wichtigsten Hauptunterstützung ausgesetzt. Die Arbeit wird in Regie der Stadt ausgeführt. Es handelt sich um 120 Erwerbslose; zur Douausicht werden 2 Maurermeister bestimmt, die nicht zu den Erwerbslosen gehören. Die Vertreter der Arbeiter wollten die Aufsicht unter Erwerbslosen selbst gestellt haben, eine Wehrzahl des Gemeinderats ging aber nicht darauf ein. Weitere Notlandarbeiten sollen folgen, sofern ein Geldhaushalt sich herausstellt. Die Hundesteuer wird auf 5 Goldmark für den 1. Hund festgesetzt; es werden deshalb 3 G. Mrk. nach-

haben mit Rücksicht auf 1. April. Gegen diese rückwirkende Steuer werden schwere Bedenken laut und es wird eine beratende Steuererhebung sofort mitgenommen. Damit Stimmenschein des Vorschlages wurde die Rückwirkung angenommen. Der Preis für 1 Liter Milch wird auf 224 Milliarden festgesetzt; das entsprechende Manko trägt die Stadt. Die Sozialrentner erhalten auf Weihnachten 2 Pfund weisses und 3 Pfund schwarzes Mehl, die ganz Besessenen im ganzen 1 Ztr. Mehl. Die Schulgelder werden mit Pfälzen ausgesetzt.

Stuttgart, 7. Dez. (Preisberechnungsfragen.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In einer Verfügung des Arbeitsministeriums wird nunmehr die Einrechnung eines Geldentwertungszuschlages in den Warenpreis für unzulässig erklärt und bestimmt, daß Geldentwertungszuschläge, die in den Goldgrundpreisen enthalten sind, sofort zu beseitigen sind. Bis zur Beseitigung der Geldentwertungszuschläge muß bei Zahlung in wertbeständigem Geld ein Abschlag (Rabatt) in Höhe des eingerechneten Zuschlages für das Papiergeldrisiko gemacht werden. Diese Bestimmungen haben eine abschlägige Herabsetzung der Goldgrundpreise um mindestens 10 Prozent zur Folge. Einzelne Branchen werden wesentlich weiter gehen können. Eine weitere Herabsetzung der Goldgrundpreise hat ein Zurückgehen der Preise in Landwirtschaft, Industrie und Großhandel zur Voraussetzung. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind bereits zum Teil erheblich zurückgegangen; Industrie und Großhandel sind im allgemeinen leider noch nicht gefolgt. Ein Rückgang der Preise auch in Industrie und Großhandel muß unter allen Umständen durchgesetzt werden. Hier liegt der Hauptschlüssel für einen nachhaltigen Preisrückgang. Die Verpflichtung zur Annahme von Papiermarken besteht nach wie vor. Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Landesversammlung - Heimatnihilie. Bei der Zentralkomitee für Wohltätigkeit sind auf Grund der Landesversammlung für die Heimatnihilie bis jetzt eingegangen: in Papiermark 3379 Billionen, in Goldmark 16 260, in ausländischen Devisen 2740 Dollars, 187 holländische Gulden, 120 französische Fres., 135 Schweizer Fres., 20 belgische Fres., 106 dänische Kronen. An Lebensmitteln wurden in Stuttgart abgeliefert 472 Ztr. Kartoffeln, 32 Ztr. Mehl und 9 Ztr. Gemüse. Darunter befindet sich eine Spende vom Bezirk Dörfingen mit 184 Ztr. Kartoffeln, 11 Ztr. Mehl und 4 Ztr. Gemüse. Weitere Lebensmittelgaben sind angemeldet, sind aber auch bringen erwinnt. Es ist daher außerordentlich dankenswert, daß auch der Bäcker, Bauern- und Weingärtnerbund in einem warmen Aufreiß die Vertrauensleute aller seiner Ortsgruppen aufgefordert hat, für die Heimatnihilie und insbesondere für die Stuttgarter Mittelstandsliche Lebensmittel zu sammeln. Die Zentralkomitee kann überhaupt feststellen, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten in unserem württembergischen Volk die Gebefreudigkeit in letzter Zeit zugenommen hat.

In Schupstalt. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Der Geschäftsführer des Bäckers, Bauern- und Weingärtnerbundes Theodor Körner junger wurde wegen eines in der „Schwäbischen Tageszeitung“ veröffentlichten Artikels, in dem ein Verstoß gegen die Verordnung des Militärbehörden, die die Aufforderung zum Lieferstreik verbietet, erlitten wird, vorläufig in Schupstalt genommen.
Schwurgericht. Das Schwurgericht verhandelte gegen die Geschw. Paul und Hugo Gramm, die in Botnung eine falsche Münzwerkstätte eingerichtet hatten. Auf die Spur der Falschmünzer ist man schließlich in Frankfurt a. M. gekommen, wo Paul Gramm durch große Einkäufe mit gefälschtem Papiergeld auffiel. Man fand in Botnung eine Steinbrudpresse und eine Menge falschen Papiergeldes. Die Geschworenen billigten den Angeklagten, weil sie in jugendlichem Alter stehen und noch nicht vorbestraft sind, mildernde Umstände zu, worauf Paul Gramm zu 1 Jahr 6 Monaten, Hugo zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Esslingen, 7. Dez. (Schwere Ausschreitungen.) Ein Bericht der Polizeidirektion Esslingen teilt mit: Donnerstag nachmittag 6 Uhr kam es in der inneren Stadt zu schweren Ausschreitungen. Um die angegebene Zeit sammelten sich auf dem Dillimarkt mehrere kommunistische Gruppen zu einer Demonstration. Eine Abteilung der Schutzmannschaft forderte die Menge wiederholt vergeblich auf, auseinanderzugehen. Sie trieb daraufhin die Demonstranten mit der blauen Waffe auseinander. In der Folge setzten sich die Zusammenrottungen in der Kaiser- und Bitterstraße fort. In Abwehr drohender Gefahr eines Gefangenen wurde der 45 Jahre alte Handschuhmacher Wenzel Reinold erschossen. Der Polizei ist ein Schandebrief der K.P.D. in die Hände gefallen, in dem es unter dem Titel „Aktionen“ wörtlich heißt: „Der Wohnungsfrage muß durchschloßt werden. Deshalb mögklichst viele Strafenfundgebungen veranlassen.“

Rettet die deutsche Jugend!
Das ganze Schwergewicht der deutschen Volkspot fällt auf unsere Jugend. Wie viele Kinder gibt es, die keine richtige Unterlebung, keine guten Schätze mehr besitzen und in den Städten mehr sich die Zahl derer, die dem Hungertode verfallen sind. Die immer noch steigende Wohnungsnot gefährdet aufs höchste nicht nur die Gesundheit, sondern auch die sittliche Entwicklung der Jugend, die sich umso mehr auf die Straße gewiesen sieht, und die um sich greifende Erwerbslosigkeit trifft viele Familien doppelt und dreifach. Aber auch wo die äußeren Verhältnisse noch erträglich sind, lagern oft schwere Schatten auf dem jungen Geschlecht. Der seelische Drud, der bei der Gewöhnung aller Arbeit in Beruf und Dienststellung auf-

den abgeleiteten Eltern liegt, trübt leicht das Familienleben; die unvermeidlichen täglichen Gespräche über Geldherrschaft und Preiserhöhung sind wie Keil für die Kinderseelen, und der Beamtenabbau muß, wenn auch nach Rücksicht der Schulbildung, die Schulaufrechterhaltung als wichtiger Punkt in einer Zeit auf's Schmerzlichste verkürzt, wo im Gegenteil Ausbau und Vertiefung das Lösungswort sein sollte.

Um so größer, verantwortungsvoller und schwerer ist die Erziehungsaufgabe, die heutzutage auf der Familie selbst liegt, und es gilt jetzt mehr als je die inneren Kräfte mobil zu machen, die zu ihrer Lösung nötig sind. Aus dieser Erwägung veranstaltet gegenwärtig der Evang. Reichslehrerbund durch Deutschland hin eine Reichserziehungswochen, bei der in Vorträgen, Familienabenden und Besprechungen auf die grundlegende Bedeutung hingewiesen wird, die nach den Erfahrungen der Geschichte das Evangelium selbst unter den ungünstigsten Verhältnissen gehabt hat für die Erneuerung des Familienlebens und die Heranbildung der Jugend zum Träger einer besseren Zukunft. Hier liegen in der Tat noch ungehobene Schätze. Allein schon der Glaube an den himmlischen Vater birgt den Urgeanken der Familie, eine unergiebliche Quelle der Ehrfurcht, des Vertrauens, der Gemeinschaft. Haus und Schule müssen noch mehr als bisher in Arbeitsgemeinschaft miteinander treten, um aus dieser Quelle zu schöpfen; zugleich müssen sie fordern, daß sowohl die höhere Fürsorge für unsere Jugend, als auch ihre seelische Altgemein zum öffentlichen Anliegen gemacht und namentlich der Kampf gegen Schmutz und Schand und gegen die Entartung des Vergnügenswesens in allen Volkskreisen mit Nachdruck unterstützt wird; sonst wird auch das neue Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz nicht den beabsichtigten Erfolg haben. Darum ergeht an alle der Ruf: schäuf und pflügt das deutsche Familienleben, rettet die Jugend, für sie ist das Beste gerade noch gut genug — sonst gibt es keine Rettung für unser Volk!

Der Kleintierhof im Dezember.

Für den Geflügelzüchter ist es eine der wichtigsten Pflichten, wenn er auch im Winter Ertrag von seinen Tieren haben will, diesen einen guten Tagesausgang zu bieten. Hühner, die lediglich den Nachfall als Unterkunftsraum besitzen, machen sich zu wenig Bewegung und ohne diese ist kein Leben und somit kein Ertrag. Daher ist ein Scharräum für jegliche Art der Hühnerhaltung ebenso wichtig, wie der Schlafstall selbst. Die Mehrzahl der Scharräume ist aber noch nicht gut eingerichtet. Es fehlt vor allem an genügend dicker Streulage, aus der die Hühner die hineingeworfenen Körner mit reichlicher Arbeit herausheben müssen, und oft auch an Licht, so daß sie das Futter schlecht finden.

Der mangelnde Ertrag liegt zum großen Teil daran, daß die Tiere zu lange auf den Sitzhängen bleiben müssen und infolgedessen das Futter nicht genügend verarbeiten. Versuche mit einer Verlängerung der Futterzeit haben den Erfolg einer durchschnittlich 30prozentigen Steigerung des Eierertrages gehabt. Man beleuchtet dazu einen Futterplatz im Nachstalle von der Dämmerung bis 8 Uhr abends und wieder von 6 Uhr früh bis zur Morgenheule und gibt dabei Trockenfutter in der Streulage. Die Vorbedingungen sind folgende: Das Licht soll möglichst verteilt werden, einige Lichtstrahlen müssen auch die Sitzhänge treffen. Man bringe die Lampe etwa mannshoch über dem Boden an und benutze einen großen, tiefen Reflektor. Für den Kleintierhof ist auch eine hellbrennende Stalllaterne ganz gut zu verwenden. Sind Frostschäden vorgekommen, so mache man ein Gemisch von gleichen Teilen Brennspiritus, Terpentinöl und Speisefett und reibe damit den Kamm und nötigenfalls auch die Ohrschälpen ein. Diese Einreibung bewirkt sich auch bei Rheumatismus in den Füßen, von dem jetzt manche Tiere befallen werden, besonders Hähne.

Die Kaninchen brauchen keinen warmen Stall, aber man soll ihnen von innen einheizen, d. h. Futter reifen, das Wärme erzeugt. Ein stickstoffreiches Futter, gutes Heu, am besten Klee- und Luzerneheu, etwas Körner und genügend trockene Streu tragen dazu bei. Auch mischt man unter das Weidfutter die im Sommer gesammelten Gewürzkräuter. Buchstättensind nicht zu reichlich zu füttern, um ein übermäßiges Fettwerden zu vermeiden.

Auch in der Ziegenzucht macht das kalte Wetter sich bemerkbar. Die Ziegen sind auf Stallfütterung angewiesen, doch kann auch diese abwechslungsreich sein. Man gebe Weidenheu, gebühtes Laub, gesundes Haberstroh, Runkeln, Kartoffeln, Knollenrüben und Gemißeabfälle dürfen nicht in gestorenem Zustande gereicht werden, sondern sind am Vortage in einen warmen Raum zu nehmen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Eine entsetzliche Familientragödie. Erschütternde Vorgänge ereigneten sich in der Familie des Dr. Zimmermann in Gotha, welcher bis vor kurzem bei der Reichsoberfinanzkammer beschäftigt war. Er lebte mit seiner Frau in Unfrieden, weswegen sie ihn in der vergangenen Woche verlassen hatte. Zimmermann gab seine beiden Kinder, einen zehnjährigen Knaben und ein Mädchen von 7 Jahren, bei Bekannten in Pflege, holte sie aber letzter Tage zurück. Er brachte sie abends zu Bett und als sie eingeschlafen waren, erstach er beide Kinder mit einem Dolchmesser. Dann verschloß er die Wohnung, brachte die Schlüssel zur Polizei und ließ sich verhaften.

Ein guter Gang. Die Hamburger Behörde hat eine große Schiebung mit Chemikalien aufgedeckt. 20 bis 25 große, teils recht angelegene Firmen konnten der Teilnahme an den Schiebung überführt werden. Insgesamt wurden ungefähr 70 Personen, darunter Aemterinhaber, Prokuristen, Angestellte verhaftet. Der Wert der verschobenen Güter soll in Goldmark eine Million bis achtstellig Rahl ausmachen.

Zum Jahresenddruck in Oberitalien. Im Ministerium in Rom wurde über den Jahresenddruck in Norditalien mitgeteilt: Von dem Dorfe Bezze, das früher über 130 Einwohner zählte, sind bisher nur sieben Ueberlebende geblieben. Man schätzt dort den Schaden auf 150 Millionen Lire. Alle Gebäude der Ortschaften Bezze, Caros und Carnas, sowie Eisenbahnen und Eisenbahnsiedlungen wurden vernichtet. Die Flüchtlinge haben in den nächstgelegenen Städten Unterkunft erhalten. Das Kabinett ermächtigte Mussolini, erhebliche Geldmittel für die Unterstützung der Opfer bereitzustellen.

Handel und Verkehr.

Amst. Berliner Zensur vom Freitag, 7. Dez.: (Die Notierungen sind in Milliarden Mk. zu lesen.)

1 Dollar: Berlin 4189,500 G., 4210,500 Br.

1 Goldmark: Briefkurs Berlin 1002,5, Mittelfuss 1000,0.

Amsterdam 1596 G., 1604 Br.
Brüssel 193,515 G., 194, 485 Br.
Christiania 628,425 G., 631,575 Br.
Kopenhagen 748,125 G., 751,875 Br.
Stockholm 1101,24 G., 1106,76 Br.
Italien 181,545 G., 182,455 Br.
London 18 254,25 G., 18 335,75 Br.
Paris 223,44 G., 224,56 Br.
Schweiz 730,17 G., 733,83 Br.
Spanien 546,63 G., 549,37 Br.
D. Österreich 0 059 850 G., 0,060 150 Br.
Goldanleihe 4200, Dollarkurs 4400.

Wirtschaftszahlen vom Freitag:

Wertbehändiges Geld:
2,10 Goldmark = 2100 Milliarden Papiermark

1,05 " = 1050 " "
0,42 " = 420 " "
0,21 " = 210 " "

Wertbehändiges Städtelied:
1,00 Goldmark = 1000 Milliarden Papiermark

0,50 " = 500 " "
0,20 " = 200 " "

Umrechnungssatz für Steuern und Zölle (7. 12.) 1 Mill. Goldmarkaufpreis 1 Kilo = 640 Dollar.
Silberankaufspreis vom 3. Dez. ab 400 Ma.-fach.
Lebenshaltungszahl (3. Dez.) 1515 Ma.-fach.
Stuttgarter Index (3. Dez.) 1350,9 Ma.-fach.
Großhandelsindex (4. Dez.) 1337,4 Ma.-fach.
Einfuhrwarenzindex (4. Dez.) 1620 Ma.-fach.
Inlandswarenzindex (4. Dez.) 1280,6 Ma.-fach.
Industrieindex (4. Dez.) 1561 Ma.-fach.
Buchhändlerindex (ab 5. Dez.) 1100 Ma.-fach.
Buchdruckerindex (ab 30. Nov.) 63 Ma.-fach.

500 Mark-Scheine in Rentenmark. Von den neuen Rentenmarktscheinen wird in den nächsten Tagen der 500 Mark-Schein in den Verkehr kommen. Er ist wie der alte Tausender aus geripptem Papier hergestellt und in freundlichen Farben gehalten.

Stuttgarter Börse, 7. Dez. Ein Umschwung kündigt sich an, die Kurse steigen am Freitag und halten teilweise die Verluste der letzten Börsen ein. Es notierten in Billionen Prozent: Rentenbank 5 (2,5), Hypothekenbank 3 (1,2), Rentenbank 75 (80), Brauereien: Bülle 7,5 (4), Ravensburg 3,5 (2), Spüngen 2 (1,5), Tivoli 8 (9), Rottweiler 7 (7), Spinnereien: Koll und Schüle 15 (12), Kammergarn Bleichheim 45 (40), Filz 20 (18), Kragen 15 (20), Leinen Blaubeuren 50 (30), Kattun 60 (60), Maschinen: Daimler 3,9 (2,9), Gillingen 7,5 (8,5), besser 5,9 (4,5), Weingarten 30 (15). Metallwerte: Jungbusch 9 (9,1), Höpner 51 (45), Hansa 4 (3), Koch-Trossingen 22 (20), Metallwaren: Weisinger 46 (40), Wagner 4 (3,6), Nahrungsmittel: Krumm 4,4 (3,5), Knorr 8 (7), Leibbrand 3,7 (2). Ferner: Zucker 10 (9), Beller 2 (1), Kommtag 3 (1,5), Vereinsdruckerei 1,5 (0,8), Verlagsanstalt 18 (16). — Im Freiverkehr gleichfalls anzehende Kurse: Ebingen Trifot 1,3, Weisinger Kartonnagen 2,2—1,5, Ludwigsh. Schuh 0,7, Katherer 1,2, Mößinger Zement 1,3 ufo.

Märkischer Börse, 6. Dez. Getreide und Mehl: Preise unverändert. Der Mangel an wertbehaltenen Zahlungsmitteln scheint infolgedessen gehoben zu sein, als allgemein auch Papiermark zu den offiziellen Kursen in Zahlung genommen wird. Wein und Spirituosen: Die Lage hat sich infolgedessen verändert, als die Vorgänge auf dem Geldmarkt zu Preiserhöhungen führen können. Abwarten liegt deshalb in der Natur der Sache. Belangreiche Abschlüsse kamen nicht zustande. Kolonialwaren: Tee- und Kaffee Goldpreise unverändert. Burmarea 0,52 G.M., Graupen 0,55, Linsen mittel 1, gelbe gespaltene Erbsen 0,70, weiße Perlbohnen 0,70. Schweinefett 1,95, Salatöl 1,60 G.M. alles per Kilo.

Mannheimer Produktendörse, 6. Dez. Die heutige Produktendörse verkehrte in ruhiger Haltung. Es zeigte sich größere Abgabeneigung der Erzeuger auch gegen Papiermark. Verlangt wurden für die 100 Kilo wagnereier Mannheim in G.M., zahlbar in Goldanleihe oder Rentenmark: Weizen, inkl. 22,4—22,5, anst. 24,75, Reis 24—25, Rohmelasse 8—8,5, Weizenmehl Spezial 0 34—34,65, Roggenmehl 32,5—34,5, Weizen-Tee 7,75—8.

Reichsbank. Die Notierungen lauten heute auf 8 (gestern 8,25) Dollar, sind also weiter ermäßigt.

Amst. Berliner Produktendörse vom 7. Dez.: Weizen, märk. 182—184, feil; Roggen, märk. 161 bis 162, feil; Sommergerste, märk. 164—166, ruhig; Haber, märk. 144—148, matt, in Goldanleihe oder Rentenmark. Weizenmehl 28—32,5; Roggenmehl 26,5 bis 30, ruhig; Weizenkleie 7—7,20, feil; Roggenkleie 7; feil; Kaps 330; Bitoriaerbsen 48—58; ff. Speiseerbsen 33—36; Belustischen 17—19; Ceradella 1920 bis 23; Kapstuden 13; Trockenschnitzel 7,5—7,75; Kartoffelstuden 20—21, in Goldanleihe oder Rentenmark.

Letzte Nachrichten.

Die Genehmigung des Münzger Abkommens mit der Regie. WZB. Berlin, 7. Dez. Wie am 1. Dezember in Mainz unterzeichnete Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der deutschen Reichsbahnverwaltung und der rheinischen Eisenbahnregie hat die Genehmigung der Reichsregierung gefunden.

WZB. Berlin, 7. Dez. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Köln meldet, ist mit der gestern erfolgten Genehmigung des Münzger Abkommens mit der Eisenbahnregie durch die Reichsregierung noch keineswegs die sofortige Wiederaufnahme des gesamten Eisenbahnbetriebs im besetzten Gebiet verbunden. Die Wiederaufnahme des Verkehrs ist mit ungeh. Schwierigkeiten verknüpft, da das früher glänzend organisierte Eisenbahnsystem durch die Regie vollkommen heruntergewirtschaftet worden ist. Von der Regie sind bis heute nur 3 Prozent des normalen Güterverkehrs und 8 Prozent des normalen Personenverkehrs in Gang gebracht worden. Ein großer Teil der Regiestrecken, besonders im Industriegebiet, liegt vollständig still.

Veranstaltungen des Hygiene des besetzten Gebiets.

WZB. Berlin, 8. Dez. In eingehenden Beratungen sind gestern vom Reichsministerium und Vertretern der Länder die schwersten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialpolitischen Fragen des besetzten Gebietes mit Vertretern der Städte und Landesverbände des besetzten Gebietes, sowie dem Präsidium des Wirtschaftsausschusses besprochen worden. Die Vertreter nahmen Kenntnis von den Absichten der Regierung, namentlich hinsichtlich der Erwerbslosenfürsorge, der Charitativlen Hilfsmassnahmen und des wertbehaltenen Rohgoldes. In weitestem Umfang wurde ein Einvernehmen erzielt.

Der Preisrückgang.

WZB. Berlin, 8. Dez. Erneute Verhandlungen mit Vertretern des Mehlhandels und des Bäckergewerbes haben zu einer weiteren Verbilligung des Brotes für Berlin geführt. Von heute ab kostet Brot einheitlich 72 Pfg. Auch die Eier sind billiger geworden.

WZB. Berlin, 8. Dez. In der gestrigen Landtags-

itzung waren zwei Vorschläge zur Ergänzung der Regierung eingegangen, ein solcher der D.S.P.D. mit den gleichen Namen wie der erste Vorschlag, und eine Liste von den Kommunisten. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der sozialdemokratischen Liste mit 31 gegen 22 Stimmen. Hierauf teilte Staatsminister Fiedlich den Rücktritt der Regierung mit. Das Ministerium wird bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäfte weiterführen.

Rhein- und Ruhrabgabe am 18. Dezember fällt.

WZB. Berlin, 7. Dez. Der Fälligkeitstag der dritten Rate der Rhein- und Ruhrabgabe ist auf den 18. Dezember 1923 festgesetzt worden. Die Berechnung der Umschmelzer hat in Goldmark zu erfolgen.

Das Eisenbahnunglück von Kreinsen vor Gericht.

WZB. Kreinsen, 7. Dez. In dem provisorisch zum Gerichtsfall hergestellten Speisesaal des Bahnhofs Kreinsen begann heute Vormittag vor der 2. Strafkammer des Landgerichtes Braunschweig die Hauptverhandlung gegen den Mesenlokomotivführer Albrecht aus Hannover wegen des Eisenbahnunglücks in Kreinsen. Die Anklage lautet auf fahrlässige Tötung. Dem Angeklagten wird zur Last gelegt, unter Nichtbeachtung der auf Halt stehenden beiden Signale vor dem Bahnhof Kreinsen am 30. Juli um 4.14 morgens mit nahezu unverminderter Geschwindigkeit in den Bahnhof eingefahren zu sein, sodass der D-Zug 88 in Gleis 2 auf den außerplanmäßigen Vorzug D-88, der dort hielt, mit großer Heftigkeit aufstieß, wodurch die letzten vier Wagen des letzteren Zuges völlig zertrümmert wurden u. 44 Fahrgäste den Tod fanden, während 50 Personen schwerverletzt wurden, von denen noch mehrere gefordert sind.

Der Angeklagte wurde wegen fahrlässiger Transportgefährdung zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. — Fahrlässige Tötung wurde vom Gericht angeklagt.

Schwere Wahlniederlage der englischen Regierung.

WZB. London, 7. Dez., 6 Uhr abends. Gewählt wurden 263 Konservative, 143 Liberale, 189 Mitglieder der Arbeiterpartei und 10 Unabhängige. Nettogewinn der Liberalen 46, der Arbeiterpartei 46 Sitze, Verlust der Konservativen 91, der Unabhängigen 1 Sitz.

Die schwere Wahlniederlage der Regierung erregt hier größtes Aufsehen. Es wird hervorgehoben, daß die Arbeiterpartei ihre großen Erfolge zu einem beträchtlichen Teil der Tatsache zu verdanken hat, daß in zahlreichen Wahlkreisen die Stimmen der Gegner der Arbeiterpartei zusammengefallen die für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen übertrafen. Der „Star“ berichtet, im liberalen Hauptquartier werde erklärt, das Wahlergebnis sei ein vernichtendes Urteil über die Schützpolitik Baldwin und ein großer Triumph des Freihandels. — Fünf Minister sind unterlegen. Das einzige vorzeitige kommunistische Mitglied des Parlamentes, Newbold, wurde von seinem konservativen Gegner geschlagen.

WZB. London, 8. Dez. Das Reuters'sche Büro meldet: Als die Wahlergebnisse gestern gemeldet wurden, zeigte es sich bald, daß die Stellung der Regierung schwierig wurde. Zuerst wurden hauptsächlich Erfolge der Arbeiterpartei verzeichnet. Bald darauf wurden zahlreiche Gewinne der Liberalen ans Besitzen gemeldet, die von altersher konservativ waren. Die Regierung hat in der Streitfrage „Freihandel gegen Schützpolitik“ augenscheinlich eine vollständige Niederlage erlitten. Die Konservativen verloren viele Sitze in den Parlamenten, in denen die Arbeiterpartei die meisten Erfolge davongetragen hat. In den ähnlichen Kreisen, in denen sich die Konservativen selbst für am stärksten hielten, haben die Liberalen viele überraschende Erfolge erzielt.

Druck und Verlag der R. Meiserschen Buchdruckerei Altenfeld.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Rudolph Rauf.



An die Gehaltsempfänger!
 Nächster Zahlung: Für Bar-Abholung 11. Dezember.
 Die Zahlungen im Bank- und Postverkehr gehen am
 11. Dezember hier ab.
 Staatsrentamt Hirsau: Bibmaler.

Altensteig.
 Wertbeständige Gelder können bei uns so-
 wohl im Giroverkehr, als auch im Sparverkehr auf
Festmark-Konto
 bei täglicher Verzinsung angelegt werden. Rück-
 erhebungsmöglichkeit in der Regel ohne Einhal-
 tung einer Kündigungsfrist.
Städt. Spar- u. Girokasse.

Altensteig, 8. 12. 23.
Todes-Anzeige.

 In tiefer Trauer teilen wir Verwandten,
 Freunden und Bekannten die schmerzliche Nach-
 richt mit, daß unsere liebe Mutter, Großmutter,
 Schwester und Tante
Elisabeth Kappler Witwe
 nach kurzem Leiden uns am Donnerstag Abend
 im Alter von 61 Jahren durch einen raschen
 Tod entrisen wurde.
 Um stille Teilnahme bitten
 die tieftrauernden Hinterbliebenen.
 Beerdigung Sonntag Nachmittag 1/2 2 Uhr.

Mein guffortiertes
Lager in Musikinstrumenten
 wie Gitarren und Mandolinen
 Lauten, Geigen, Ziehharmonikas
 Mundharmonikas, Oharinas, Flöten usw.
 bringe ich in empfehlende Erinnerung
Lorenz Luz jr., Altensteig, Tel. 46.

Altensteig.
 Zu passenden
Weihnachts-Geschenken
 empfehle ich mein Lager in
 elektr. Schnellkocher, Aluminium 1/2-1 1/2 l
 „ „ Messing vernick. 1/2-2 Ltr.
 „ Kochgefäße Aluminium 0,6-1,2 Ltr.
 „ Kochtöpfe „ 2-6 Ltr.
 „ Bügaleisen hochfein vernick. v. 2,5-4kg
 „ Tauchsieder vernickelt
 „ Kochbänder von 100-200 mm Durchm.
 „ Fenerzeuge „Faschi“
 sowie alle in das Fach einschlagenden
 Heiz- und Kochapparate
 unter Zusage erstklassiger Fabrikate
 und billigster Bedienung.
ROBERT LUZ.

Alle Druckarbeiten
 für den privaten, geschäftlichen
 und amtlichen Verkehr liefert in
 kürzester Zeit und in sauberster
 Ausführung bei billigen Preisen

 die
W. Rieker'sche Buchdruckerei
 Altensteig.

Altensteig.
 Einen schön-schwarzen
Herrenüberzieher
 für mittlere Figur hat im
 Auftrag preiswert zu verk.
 Karl Kübler, Schneidermstr.
Briefordner
 und
Schnellhefter
 sowie
Durchschlagpapier
Schreibmaschinen
Kohlenpapier
 hat stets auf Lager
 die
W. Rieker'sche Buchhdlg.
 Altensteig.


Brot und Fleisch
 werden billiger!
 bei Anschaffung eines
 Weber'schen
 Nähmaschinenapparates
 Anton Weber, Ettlingen.

Ein
Länferschwein
 mit circa 120 Pfd. hat zu
 verkaufen, wer? — sagt die
 Geschäftsstelle ds. Bl.

Eigenhausen.
 Ein
Mutterschwein
 (Erstling) 14 Wochen trüchtig
 verkauft oder vertauscht gegen
 Weizen.
Gänse u. Ochsen.

Kirchliche Nachrichten.
 2. Advent 9. Dez. vorm.
 10 Uhr Predigt über Röm.
 14, 7-12 Wem lebst du?
 Lied: 139, 417.
 Nachher Kindergeistesdienst.
 Christenlehre fällt aus.
 Nachm. 1/3 Uhr Altensfeier
 im Gemeindehaus.
 Am Donnerstag Abend 8
 Uhr Bibelstunde im Luther-
 saal.

Methodistengemeinde.
 Sonntag, den 9. Dezember
 vorm. 1/10 Uhr Predigt,
 (Direktor Lüpke Usm.)
 vorm. 11 Uhr Sonntagss-
 chule.
 Abends 1/8 Uhr Predigt.
 Dienstag abends 8 Uhr
 Jüngl. Verein.
 Mittwoch abends 8 Uhr
 Bibel- u. Gebetsversammlung.

Gelehrten.
 Ragold: Caroline Meiß geb.
 Ehret 33 J.

Lorenz Luz jr. Altensteig
 Spezialhaus für Jagdgerätschaften.
 Doppelfinten, Böhsenfinten,
 Drillinge,
 Pirsch- und Scheibenschützen
 Revolver u. Mehrladepistolen,
 Messing,
 Luftgewehre u. Zinnenstützen.
 Alle Arten Kleinwaffen.
 Solide Arbeit!

Sie inserieren mit Erfolg
 wenn Sie Ihre Inserate in der
 Schwarzwälder Tageszeitung
 „Aus den Tannen“ aufgeben,
 welche Amtsblatt für den DK-
 Bezirk Ragold ist u. im Bezirk
 Ragold und den angrenzenden
 Bezirken Calw u. Freudenstadt
 eine große Verbreitung hat.

Fritz Bühler jr., Altensteig
 (C. W. Lutz Nachfolger)
 empfiehlt

Spielwaren
 für
Knaben und Mädchen
 in schöner
 reicher Aus-
 wahl zu billi-
 gen Preisen.

Bücher
 als Weihnachtsgeschenke!

Den feinsten Reiz hat ein Geschenk
 dann, wenn es eine persönliche Be-
 ziehung vom Geber zum Beschenkten
 ausdrückt. Dafür bietet sicherlich das
 Buch unter allen Dingen die reichste
 Möglichkeit. Die schöne Kunst des
 Schenkens läßt sich daran mit Lust
 ausüben. Und dabei ist das Buch im
 Vergleich zu den unerschwinglichen
 Preisen für nebensächliche Dinge
 immer noch billig.

Eine schöne Auswahl in Büchern finden Sie in der
W. Riekerschen Buchhandlung
 Altensteig.

Eingefandt.
 Der zweite Teil des Eingefandt vom 3. November von
 einem ungenannten Bürger über den Gemeinderat Ueberberg
 brucht vollständig auf Wahrheit, welches folgender Artikel
 beweist:
 1. Am 21. Sept. 23 hat die Gemeinde das Rinschlagen
 von circa 50 cbm Kalksteinen zum Preis von 50 Millionen M.
 veranlaßt. Termin 1. November. Durch die eifrigste
 Selbentwertung haben die Affordanten ein Gefach an das
 Kollegium eingereicht, um den Preis einigermaßen der Zeit
 entsprechend festzusetzen, worauf der Preis von 50 M auf
 50 M festgesetzt wurde, das ist 5 Goldpfennig per cbm.
 2. Am gleichen Tage wurde die Befuhr eines Wagens
 Sägmehl zum Farenstall vergeden (Arbeitsleistung 1/2 Tag),
 wofür ein Herr, der im Kollegium sitzt, 10 G. M. verlangte
 und mit 8 G. M. Genehmigung fand. Die Arbeiterinnen des
 Sägmehls wurden dagegen nach Millionen entlohnt. Wie
 reimt sich das zusammen?
 Da von einem Gemeinderats-Mitglied der Vorschlag ge-
 macht wurde, man sich die Steinschläger-Affordanten mit
 dem Preis nicht einverstanden erklären, sie sich verpflichtet
 fühlen, den Preis für das im Frühjahr und Sommer abge-
 gebene Mehl auf Goldmark festzusetzen, so ist diesem zu ent-
 gegnen, warum hat der Gemeindepfleger das Geld für
 das Mehl nicht schon am Werktag eingezogen!
 Wutausfall für derartige Abmachungen!
 Ein Bürger.

